Auf dem Weg zur Friedenskonvokation und zur Vollversammlung

Bericht von der Tagung des Zentralaussschusses des ÖRK
vom 16.–22. Februar 2011 in Genf

Die 100-Jahr-Feier der Weltmissionskonferenz in Edinburgh im Juni 2010 lag für den Ökumenischen Rat der Kirchen acht Monate zurück, und die Internationale ökumenische Friedenskonvokation im Mai 2011 und die 10. Vollversammlung des ÖRK im Oktober 2013 bestimmten bereits die Perspektive. In der arabischen Welt fand gleichzeitig eine möglicherweise epochale Umwälzung statt.

Vor diesem Hintergrund tagte vom 16. bis zum 22. Februar 2011 in Genf der Zentralaussschuss des ÖRK zum vierten Mal seit der Vollversammlung in Porto Alegre. Zum ersten Mal wurde die Tagung unter der Leitung des neuen Generalsekretärs Olav Fykse Tveit vorbereitet. Der ÖRK ringt nach wie vor um seine inhaltliche Fokussierung, um seine Rolle in der ökumenischen Bewegung und um tragfähige Strukturen für die Institution ÖRK und das Leben der Gemeinschaft der ihm angehörenden Kirchen.

Die Zentralaussschusstagung zeigte für diesen Weg gute und gangbare Perspektiven auf. Sie sollen unter den Leitworten Friedensfragen, Einheitsfragen und Strukturfragen dargestellt werden. Zum Schluss geht es um das Thema Geschlechterfragen als besonderes Thema dieser Tagung des Zentralaussschusses (ZA).

1. Friedensfragen (d. h. Fragen des „gerechten Friedens“!)

1.1 Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79) – so heißt das biblische Leitwort für den „*Ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden*“, den der ZA nach eindrucksvollen Friedenszeugnissen und wenig kontroverser Diskussion verabschiedete. Wenn in der Ökumene in Zukunft von „Frieden“ gesprochen wird, kann immer nur „gerechter Friede“ gemeint sein. Damit leistete der ZA seinen Anteil zur Vorbereitung der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation (IöFK / IEPC) vom 17.–25. Mai in Kingston, Jamaika:

Der achtseitige Aufruf wurde in einem zweijährigen Prozess von einer Gruppe unter Leitung von Konrad Raiser erarbeitet. Er zeichnet sich durch eine pastorale Sprache aus, die eher den gerechten Frieden als spirituellen Weg beschreibt und zu ihm einlädt, als dass sie in sozialetischer Argumentation detaillierte Analysen und Kriterien zur Urteilsbildung bereitstellt. Das wäre auf wenigen Seiten auch gar nicht leistbar – der Aufruf sollte einen lesbaren und rezipierbaren Umfang haben, und er wird durch ein umfangreiches Begleitbuch mit zahlreichen Praxisbeispielen aus der Dekade ergänzt werden. Die IöFK soll ihn aufnehmen, mit vielfältigen Erfahrungen und Ideen interpretieren und zur Grundlage für das zukünftige Friedensengagement der Kirchen machen. Wenn es bei der IöFK nicht mehr nach Bonhoeffer darum gehen kann, dass die christlichen Kirchen das „eine Wort“ sprechen, das die Welt zum Frieden ruft, so soll sie doch den kräftigen Impuls geben,

der die christlichen Kirchen dazu inspiriert und darauf verpflichtet, in zukünftigen Konflikten Stimmen und Kräfte für gerechten Frieden zu sein, Teile der jeweiligen Lösung und nicht Teile des Problems.

Bereits jetzt gab es mehrere Initiativen für die Struktur der Weiterarbeit: einige Stimmen riefen nach einer „Decade to Overcome Poverty“, andere nach einer Dekade für Klimagerechtigkeit, und das Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft lud in seinem Klimamemorandum zu einem siebenjährigen Sabbatweg für gerechten Frieden und Klimagerechtigkeit im Anschluss an die IöFK ein.

1.2 Die Dringlichkeit des christlichen Zeugnisses für den gerechten Frieden wurde in der Beschäftigung mit verschiedenen konkreten Themen deutlich:

Im Vordergrund stand die *Situation im Nahen Osten*. Die Mitglieder des ZA hörten bewegende Zeugnisse von Vertretern der christlichen Kirchen im Irak, und in den Diskussionen meldeten sich die Vertreterinnen und Vertreter der (v.a. orthodoxen) Kirchen im Nahen Osten häufig und engagiert zu Wort. Dabei ging es besonders darum, die örtlichen Kirchen nicht durch vollmundige Ansagen von außen in Zugzwang zu bringen bzw. zu gefährden, und sie trotzdem herauszufordern, auch unter schwierigen Bedingungen ihren Beitrag zur Entstehung von Gesellschaften zu leisten, in denen Menschenrechte und Menschenwürde respektiert werden. Der ZA verabschiedete schließlich dazu drei Dokumente:

- einen *Protokollpunkt zur Anwesenheit und zum Zeugnis von Christen im Nahen Osten*,¹
- eine *Resolution zum Veto der USA gegen die Resolution des Weltsicherheitsrates der UNO zu Verurteilung der israelischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten*,
- sowie eine *Resolution zur Eskalation der Gewalt in Libyen*.

1.3 Auch weitere behandelte Themen zeigen Bezüge zum gerechten Frieden:

- Erhellend war der Bericht über das *Engagement des ÖRK und des All African Council of Churches (AACC) für die Selbstbestimmung des Süd-Sudan*. Der bisherige ÖRK-Generalsekretär Sam Kobia spielte eine entscheidende Rolle dabei, dass das lange verabredete Referendum über die Unabhängigkeit des (christlichen) Südsudan tatsächlich stattfand und unter internationaler Beobachtung weitgehend friedlich ablief. Nun müssen die Rechte der verbleibenden Christinnen und Christen im (Nord-)Sudan gewahrt bleiben und die Kirchen in der neu entstehenden Republik Süd-Sudan eine konstruktive und kritische Rolle spielen.
- In der *Erklärung zur Situation in Kolumbien* rief der Rat zum sofortigen Ende des „Plans Colombia“ der USA auf und leitete die Entwicklung eines ökume-

¹ *Erklärungen* richten sich in grundsätzlicher Weise an die Öffentlichkeit, *Protokollpunkte* an die Kirchen, *Resolutionen* nehmen zu aktuellen Ereignissen Stellung. Die genannten Dokumente sind alle in der Internetpräsenz des ÖRK www.oikoumene.org unter der Überschrift Dokumentation / Dokumente / ÖRK-Zentralausschuss in deutscher Sprache verfügbar.

nischen Begleitprogramms für besonders bedrohte Kirchen und Menschen ein, die sich in Kolumbien in der Friedensarbeit einsetzen.

- Eine *Erklärung zur Situation der indigenen Völker von Australien* rief die Regierung von Australien zur Beendigung der sog. „Intervention“ und zur Einhaltung von Erklärungen und Vereinbarungen der UNO und der ILO über die Rechte der indigenen Völker auf.
- Die *Erklärung zum Recht auf Wasser und Sanitärversorgung* begrüßte im Zusammenhang der Wasserkampagne des ÖRK und der Entwicklungsdienste die Fortschritte der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf die entsprechenden Millenniumsziele und forderte die UNO zur Einrichtung eines Sonderberichterstatters über dieses Recht beim UNO-Menschenrechtsrat auf.
- Der *Protokollpunkt zu den Rechten von Migranten und Wanderarbeitern* ermahnte die Kirchen zum Aufbau einer Kultur der Begegnung und der Gastfreundschaft und zur Fürsprache in der Gesellschaft und gegenüber den jeweiligen Regierungen.
- Der rief die Kirchen auf, in ihrem ökumenischen Engagement für die Opfer von AIS nicht nachzulassen.
- Ein *Plenum zu interreligiösen Beziehungen* hatte deutlich gemacht, dass die Kirchen in vielen Teilen der Welt nicht die Freiheit haben, solche Beziehungen zu pflegen oder nicht. Vielmehr gibt es diese Beziehungen, und sie müssen gestaltet werden, besonders wenn gesellschaftliche Konflikte sich entlang ethnischer und religiöser Linien abspielen, wie in Indien, Pakistan, Indonesien, Nigeria, und anderswo. Dabei sind gute Beziehungen oft das ureigenste Interesse der Kirchen, wenn sie sich in der Rolle der verfolgten Minderheit befinden.

2. Einheitsfragen

2.1 Wenn es um die Solidarität mit verfolgten christlichen Kirchen geht, fällt das gemeinschaftliche Handeln der Kirchen vergleichsweise leicht. Insofern war der Satz „To be one is to stand up for one another“, den Olav Fykse Tveit bei seiner Wahl sagte, ein geschickter Einstieg in seine Bemühung darum, die Gemeinschaft der Kirchen im ÖRK und seinen Einsatz für die Einheit der christlichen Kirchen insgesamt zu stärken und in den Mittelpunkt zu stellen.

2.2 Dabei gibt es einige ermutigende Zeichen: Besonders die früher spannungsreichen *Beziehungen zu evangelikalen und Pfingstkirchen* entwickeln sich positiv. Das kam nach den vorgelegten Papieren besonders bei der Konferenz in Edinburgh zum Ausdruck: dort zeigte sich, dass die früheren Kritiker des ÖRK sich auf das ganzheitliche Missionsverständnis der ökumenischen Bewegung zubewegen (vgl. die Micha-Initiative der Ev. Allianz). Der neue Generalsekretär war darüber hinaus in dem Jahr seit seinem Amtsantritt sowohl bei der Pentecostal World Conference als auch beim 3. Lausanner Kongress für Welt-Evangelisation zu Gast und wurde jeweils sehr freundlich aufgenommen.

2.3 Diese Perspektive spielt auch in der *Vorbereitung auf die Vollversammlung* in Busan eine wichtige Rolle. Kirchen aus diesem Spektrum sind in Korea stark vertreten, und die Yoido Full Gospel Church, die größte Pfingstkirche Koreas mit 830 000 Mitgliedern, deren leitender Pfarrer Generalsuperintendent der Assemblies of God in Korea ist, ist nach dessen Aussagen sehr interessiert an der Beteiligung an der Vollversammlung.

2.4 Diese Entwicklung sehen allerdings einige Vertreter der orthodoxen Kirchen aus theologischen wie aus Gründen der Gewichte in der Gemeinschaft kritisch. Das machte ihr Einsatz für eine restriktive Praxis bei der *Aufnahme weiterer Mitgliedskirchen* in den ÖRK deutlich. Von sieben Antrag stellenden Kirchen wurde nur eine, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL), für die Mitgliedschaft vorgeschlagen. Wenn auch im Falle der anderen Kirchen im Einzelnen nachvollziehbare Einwände vorgebracht wurden (u. a. geringe Größe der Kirchen, mangelndes ökumenisches Engagement vor Ort), so wären doch Signale wünschenswert, dass die Kirchen dabei unterstützt werden, ihren Ort in der ökumenischen Bewegung zu finden, und die Struktur des ÖRK müsste selbst bessere Möglichkeiten einer Beteiligung für die vielen kleinen Kirchen in der Welt bieten.

2.5 Tveits persönlicher Schwerpunkt bei der Vertiefung der Gemeinschaft im Sinne der „Mutual Accountability as an Ecumenical Attitude“ (so der Titel seiner Doktorarbeit) wurde deutlich bei seiner Präferenz in Bezug auf das *Thema der 10. Vollversammlung*. Der Vorbereitungsausschuss für die Vollversammlung hatte zwei mögliche Themen vorgeschlagen, die nach allgemeiner Auffassung deutlich die beiden traditionellen Stränge der ökumenischen Bewegung wiedergaben: „In God’s World, Called To Be One“ oder „God of Life, Lead Us To Justice and Peace“. Tveit hatte implizit die erste bevorzugt, indem er die Formulierung „To Be One“ in den Mittelpunkt seines Berichtes zu Beginn des Zentralausschusses gestellt hatte und sie hinsichtlich des Friedenszeugnisses, der Gemeinschaft von Frauen und Männern, der sich verändernden ökumenischen Landschaft, der interreligiösen Beziehungen und des diakonischen Einsatzes durchbuchstabierte. Dennoch schien die Formulierung beider Themen zunächst zu einseitig, verschiedene Verbindungen der Einheitsthematik mit der Thematik des gerechten Friedens wurden versucht. Schließlich setzte sich aber wieder Dank einer Intervention von Tveit die zweite Formulierung „*God of Life, Lead us to Justice and Peace*“ durch. Sie war von vielen Kirchen des Südens und den koreanischen Kirchen bevorzugt worden, aber auch von einzelnen orthodoxen Sprechern angesichts wachsender Armut in ihren Ländern, und Tveit sprach sich für eine klare Botschaft aus.

2.6 Vorgelegt wurde außerdem ein *Studiendokument „Baptism – Towards Mutual Recognition“*, das von der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung erarbeitet wurde und durch das Limapapier inspiriert ist. Die Taufe wird in den Zusammenhang des Prozesses der Christwerdung gestellt, und es wird benannt, dass sie für die Kirchen unterschiedliche Orte in diesem Prozess hat. Eine Vertiefung dieses Ansatzes könnte weitere Schritte zu gegenseitiger Anerkennung mög-

lich machen. Eine deutsche Übersetzung des Textes lag zum Zeitpunkt des Zentralausschusses leider noch nicht vor.

3. Strukturfragen

3.1 Schließlich nahmen Strukturfragen einen wichtigen Platz in den Beratungen ein. Die erneute Beschäftigung mit ihnen hat mehrere Ursachen:

Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten um den Verzicht von Sam Kobia auf die erneute Kandidatur als Generalsekretär gab es erhebliche Unklarheiten über die Kompetenzen der verschiedenen Ämter innerhalb des ÖRK.

Dazu kommen rechtliche Fragen danach, welche Ämter und welche Ebene auch für rechtlich relevante Entscheidungen und ihre juristischen Konsequenzen verantwortlich sind.

Durch zurückgehende Einnahmen muss der ÖRK auch die Finanzierbarkeit seiner Arbeitsweise weiter in den Blick nehmen.

Der Zentralausschuss hatte auf seiner vorigen Tagung eine *Fortsetzungsgruppe für Leitungsfragen* beauftragt, die nun ihre Vorschläge vorstellte. Dabei sollte ein erheblicher Teil der Verantwortung für die Arbeit im ÖRK vom Zentralausschuss (z. Zt. 150 Mitglieder, 18-monatiger Tagungsrhythmus) auf den Exekutivausschuss (z. Zt. ca. 25 Mitglieder, 6-monatiger Tagungsrhythmus) übergehen. Beide Gremien sollten verkleinert werden, und der bisherige Zentralausschuss sollte nur noch zweijährlich tagen und einen neuen Namen bekommen (Arbeitstitel: ÖRK-Konferenz), während die Vollversammlung von einem sieben- auf einen achtjährigen Rhythmus wechseln sollte. Intention war, den Zentralausschuss von operativen Aufgaben zu entlasten und mehr Raum für das „Leben der Gemeinschaft“ zu schaffen. Der verkleinerte Exekutivausschuss sollte dagegen schneller, kenntnisreicher und verantwortlicher die Arbeit der Institution leiten. Gedacht war auch daran, den Tagungsrhythmus der Kommissionen (Internationale Angelegenheiten, Glauben und Kirchenverfassung, Weltmission und Evangelisation, Bildung und Ökumenische Ausbildung) mit den Tagungen des umbenannten Zentralausschusses zu synchronisieren und die neugebildete ACT-Alliance als weltweites Bündnis von Kirchen und kirchlichen und kirchennahen Diensten für Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit in diesen Rhythmus einzubeziehen.

Die Vorschläge des Fortsetzungsausschusses trafen aber auf erheblichen Widerstand, in dessen Kern der Einsatz für eine partizipative Gemeinschaft stand. Ein (umbenannter) Zentralausschuss mit geringerer Vertretung, längerem Tagungsrhythmus und eher symbolischer Bedeutung würde das Interesse an der Beteiligung am Leben des ÖRK sinken lassen und die Informationsflüsse weiter erschweren. Eine neue Arbeitsgruppe soll nun die Vorschläge überarbeiten.

3.2 Hinsichtlich der *Finanzen* befindet sich der ÖRK weiter in einer schwierigen Lage. Der Haushalt muss um weitere Millionen reduziert werden. Ursache sind zurückgehende Zuwendungen durch die Kirchen und Dienste, die selbst unter zurückgehenden Einnahmen und z. T. unter Kürzungen staatlicher Zuwendungen leiden. Wechselkursschwankungen in der Wirtschaftskrise haben für den Rat, der

seinen Haushalt in Schweizer Franken aufstellt, ebenfalls erhebliche Einnahmeverluste bedeutet.

Der Rat versucht dieser Entwicklung durch Kürzungen in den Programmen zu begegnen. Gleichzeitig wird eine neue Einkommensstrategie für die Jahre 2011–2013 implementiert. In ihr steht die verbesserte Beziehungspflege zu den Mitgliedskirchen und den Diensten im Mittelpunkt. Damit findet sich in der Einkommensstrategie auch die Absicht des Generalsekretärs wieder, den Rat als Gemeinschaft seiner Mitglieder zu profilieren, die einander gegenseitig Rechenschaft geben. Die „Mitgliedschaftskampagne“ hat bereits deutliche positive Ergebnisse gezeigt: die Zahl der zahlenden Kirchen ist innerhalb eines Jahres von 170 auf fast 240 angestiegen. Bedauerlicherweise bedeutet dieser Anstieg nicht einen Anstieg der tatsächlich verfügbaren Mittel aus Mitgliedsbeiträgen, da gleichzeitig wenige größere Kirchen ihren Mitgliedsbeitrag drastisch reduzieren, die EKD z. Zt. um ca. 10 % jährlich. Hier muss die EKD ihre Strategie überprüfen, die sonst extrem demotivierend auf die verbesserte Zahlungsmoral der kleineren Kirchen weltweit wirken muss. Gleichzeitig muss das Gespräch mit einigen größeren Kirchen gesucht werden, die z. T. weiterhin extrem geringe Mitgliedsbeiträge zahlen.

4. Geschlechterfragen

Last, but in no way least: Die Vorbereitenden hatten als besonderes Thema der ZA-Tagung formuliert: „Building Just Peace Communities of Women and Men.“ Auf diese Themenstellung wurde besonders bei den täglichen Andachten und bei den täglichen Bibelarbeiten eingegangen: Die südafrikanische Theologin Dr. Sarojini Nadar von der University of KwaZulu-Natal gestaltete die Bibelarbeiten zu bekannten und weniger bekannten biblischen Texten medial und interaktiv so, dass die Mitglieder des ZA sich mit dem repressiven und dem befreienden Potential der Texte überraschend dicht konfrontieren ließen.

In der *Plenarsitzung über die Gemeinschaft von Frauen und Männer* wurden sowohl die Bedeutung als auch die Sprengkraft des Themas für die Ökumene deutlich. Eine Studie zur aktuellen Situation in der Folge der Sheffield-Konferenz 1981 und der Ökumenischen Dekade der Kirchen in Solidarität mit den Frauen wurde gefordert und beschlossen und eröffnet hoffentlich in diesem zentralen Thema neue gemeinsame Entwicklungsperspektiven.

Frank Schürer-Behrmann

(Frank Schürer-Behrmann ist Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg und Mitglied des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen.)